

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

143 (24.6.1919)

# Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postschalter monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.00 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bezw. 4.32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Werttag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/11 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Typalt. Kolonelle od. deren Raum 25 S., zuzügl. 30 % Zeitungsgebühr. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 bis 1/2 vorm., für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Beck & Cie., Karlsruhe.

## Bedingungslose Annahme.

Der Friede.

Karlsruhe, 24. Juni.

Beim Willen zu einer Minute Besinnung hätte man die Ablehnung der Weimarer Schlussanträge voraussehen können. Weiß Gott, was die Regierung und die Mehrheit des Parlamentes dazu bewogen hat, mit dem Anfinnen um Aufhebung der Auslieferungsbestimmung an die Entente heranzutreten, nachdem die Nationalversammlung sich in schwerer Entscheidung und Verlegenheit mit der Einsicht gefügt hat: es muß sein, so sei es denn. Die Form der Verfallener Ablehnung ist schroff und frostig. Sie ist für die Antragsteller und für deren Unterstützer noch zuguterletzt eine tüchtige Blamage. Hoffentlich bedeutet sie auch die belehrende Lektion, künftighin auf präzise gestellte Fragen präzise zu antworten. Die Entente hat uns vor die Alternative unterzeichnen oder nicht unterzeichnen gestellt. Aber die Neunmährer gewisser Parteien können schon gar nicht anders mehr als in Kompromißformeln denken, und so verhalten sie, durch parlamentarische Schlaubergerien alten Kuhhandelstiles, sich um das Ja oder Nein herumzubücken. Nun mußte doch ja gesagt werden. Die Verhandlungen aber mündeten dadurch in einen verstimmenen Schlussafford aus.

So deutlich wie es nur zu wünschen ist, wurde der Friedensvertrag von allen parlamentarischen Parteien als unerkundbar, moralisch minderwertig und als Erpressung gebrandmarkt. Unsere Haltung und unser Programm gegenüber diesem Schriftstück ist damit schon charakterisiert. Wir müssen auf seine Abänderung, oder soweit das möglich ist, auf eine Interpretation hinarbeiten, die die einzelnen Bestimmungen zu Erfüllbarkeiten umbiegt. Wie das zu machen ist, weiß ganz heute noch kein Mensch. Nur Charlatane können dafür mit vollständigen Rezepten dienen. Allerdings, negativ können wir darauf heute schon eine Auskunft geben: die Revision der Vertragsforderungen kann nicht erzwingen, kann nicht durch eine militärische Revolution erzwingen werden. Es ist eine veraltete Denkweise, sich von der „Klassischen Abrechnung“ mit Frankreich bessere Tage für Deutschland zu versprechen. Wir wissen es ja, eine weit verbreitete Auffassung denkt sich die Entwicklung so, wie der Präsident Feilerbach es ausgeprochen hat: unsere Frauen werden das Heldengeschlecht gebären und aufziehen, das die Demütigung der Väter einmal an den Siegern rächen wird. Also die junge und die noch ungeborene Generation an dem Geist herrlicher Hahnenkämpfe heranbilden, sie wehrfähig machen, horchen und warten, bis die Weltkonjunktur Deutschland aus der Isolation erlöst und dann sich mit der lange zurückgestauten Vergeltungswut auf Frankreich und Polen, vielleicht auch auf England werfen, das schwebt so der allgemeinen Auffassung als Grundzug unserer künftigen Außenpolitik vor.

Es ist kurzschäftig, so zu denken. Mit der Beseitigung des Militarismus und einer ihn stützenden Gesinnung hat die Entente im Friedensvertrag programmatisch ganze Arbeit gemacht. Wir können uns darauf verlassen, daß sie auf die Durchführung der diesbezüglichen Bestimmungen mit aller durch den Selbsterhaltungstrieb gebotenen Härte bestehen wird. Sie wird auch nicht einen Mann über das bewilligte Maximum hinaus zu militärischen Diensten zulassen, sie wird auch nicht ein militärisches Instrument über das festgelegte Bewaffnungsmaterial im Besitz der deutschen Armeeverwaltung gestatten. Es wird für immer ausgeschlossen sein, daß wieder das ganze deutsche Volk durch die Schule des stehenden Heeres geht. Militärisch hören wir auf, eine Macht zu sein, Belgien, Holland, Polen werden uns überlegen sein. Kein realpolitisch ist also die allseitige Vorbereitung auf eine militärische Revanche das verheerendste Unternehmen, welches wir anfangen können. Zeitraubend, unfruchtbar und immer mit der Gefahr verbunden ist es, daß ein jetziger Feind doch noch einmal die Gelegenheit sucht und bekommt, uns den endgültigen Rest zu geben.

Eine Politik, die auf Revanche arbeitet, würde uns zudem um alle Chancen bringen, die Weltkonjunktur zu unseren Gunsten zu ändern. Die jetzige Entente ist eine unnatürliche Bundesbrüderlichkeit. Stimmungsmäßig, roffenmäßig und auch wirtschaftlich paßt diese Koalition nicht recht zusammen. Das gemeinsame Moment der militärischen Gefahr, die ihr von Deutschland drohte, hielt sie beieinander. Jetzt nach deren Beseitigung treten die Differenzen der Sympathiemomente und der Wirtschaftsbestrebungen blühend hervor und der Ueberdruß am Kriege hat mitleidlos, einen Kampfgesinnung dem anderen halb überdrüssig zu machen. Mit der Herrlichkeit dieser Koalition ist es bald nicht mehr weit her. Allerdings, wenn eine Politik hinüberbrannt darauf hinstrebt, Deutschland wieder als militärische Großmacht zu etablieren, wenn es wieder eine gemeinsame Gefahr aller Völker zu werden droht, dann wird es bei dem Weltbündnis bleiben und wir werden zwar nicht militärisch wiedererstarren, wohl aber schändlichen Durchführungen der jetzigen Friedensbestimmungen ausgesetzt sein.

Die Ausschaltung einer großartigen Militärmacht des einen Staates bedeutet automatisch den allmählichen Tod des Weltmilitarismus. Aber nur unter einer Bedingung kann

deutet sie das: der seines Militarismus entlebigte Staat darf nicht nach dessen Wiederherstellung streben. Tut er das doch, so wird er zwar seine alte militärische Kraft nicht zurückerlangen, aber den feindlich gesinnten Nachbarstaat wird er militärisch nur weiter stärken. Die Zeit muß kommen, da die Franzosen, Italiener, Engländer ihre Staatsmänner fragen, warum sie ihre schönsten Lebensjahre dem Stumpfsinn des Militärdienstes widmen, warum sie Steuern zahlen und mit dem vermaledeiten Müstungssport die Gefahr eines nochmaligen Weltkrieges heraufbeschwören sollen, während die besiegten Deutschen von allen Plagen frei sind. Wenn dann Clemenceau oder einer seines Kalibers mit dem Hinweis auf einen deutschen Revanchepatriotismus und auf militärische Abrechnungsgelüste antworten kann, dann hat er gewonnenes Spiel. Kommen wird dann nicht der Ego der Abrißung und der Welterharmonie, sondern der Fluch der einseitigen Militärförderung gegenüber seinem allezeit ohnmächtig bleibenden und aus der Ohnmacht vergebens herausstrebenden Gegner. Der Militarismus hätte dann nur seine Wanderung nach Westen gemacht, hier wäre er nun aber auch in konzentrierter Reinkultur vollendet.

Unsere Situation ist also nicht so wie vor genau 110 Jahren diejenige Frankreichs nach dem Rißler Frieden oder wie die Lage Frankreichs nach dem verlorenen Krieg von 1870/71. Die Weltgeschichte ist an einen entscheidenden Wendepunkt gelangt. Nächstes ist die Rolle der kriegerischen Gewalt auf dem Planeten noch nicht ausgespielt. Für uns ist sie es. Damit aber treten wir aus dem Kulturraum der Völker nicht heraus. Zudem wir jetzt, daß gewiß, daß freiwillig, die Schwere der Verantwortung über sich und uns an den Aufbau eines Reiches von Völkern — wirtschaftlichen, kulturellen und technischen — hegen und so die Ideologie des Götter-Schillerischen Weimar aufnehmen, leben wir uns vielleicht allmählich in die Richtung und Sympathie der vereinten Welt wieder hinein. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist das die vorzuziehende Realpolitik. Eine andere Methode, den Vertrag von Versailles mit Ausblicken für eine Wiederrückkehr der Neutralität anderer Feinde zu bringen, haben wir ebenfalls nicht. Wer dabei nicht mitkalkulieren kann oder nicht mitkalkulieren will, weil er sich von der Verleumdung des alten Militärs und Jugendsozialismus nicht zu befreien vermag, oder weil er, ganz erfüllt und überladen mit Egoismus, nur noch auf dem einen Gedanken verweilt leben kann, der gerät aus dem Geleise der kommenden Entwicklung und hindert sie an seinem Teil um ein größeres oder kleineres Stück. Es werden das ohne Zweifel die besten Leute sein, mit denen wir seit Jahr und Tag unzeren Strauß auskämpfen. Sie werden weiter unsere eigentlichen Gegner und der Archibiden der ganzen fortschrittlichen Welt sein.

Der 23. Juni ist vorläufig das große Festtagsdatum unserer Feinde. Uns gilt er entweder als Trauertag. Wer aber will können, wie ein Silberriter oder Politiker nach fünfzig Jahren darüber urteilen wird? Von seinem Standpunkt kann sich dieser 23. Juni, an dem Deutschland offiziell sich verpflichtete, den alten imperialistisch-militaristischen Lebensstil aufzugeben, als der junge Morgen eines großen Reichstages ausnehmen.

### Die deutsche Note.

Der Reichspräsident hat im Namen der Reichsregierung gestern nachmittag durch den Gesandten v. Saniel zugleich mit dem Abstimmungsresultat über die Vertrauensfrage eine Note überreichen lassen, in der es u. a. heißt: Die Regierung der deutschen Republik ist durch das am 23. Juni ablaufende Ultimatum vor die Entscheidung gestellt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung zu verweigern. Das deutsche Volk will nicht die Wiederaufnahme des blutigen Krieges, es will aufrichtig einen dauernden Frieden. Angesichts der leidenschaftlichen Rindgebungen der Bevölkerung aus den im Osten abzutretenden Gebieten sieht sich die Regierung genötigt, alle Verantwortung für etwaige Schwereitäten, die aus dem Widerstand der Bewohner gegen ihre Lösung von Deutschland sich ergeben könnten, abzulehnen. Die Regierung aber ist bereit, die Forderung der Alliierten unter nachstehendem Vorbehalt zu unterzeichnen: Das deutsche Volk erwartet die Rückgabe sämtlicher deutscher Gefangener vom 1. Juli ab. Die Regierung verpflichtet sich, die Friedensbedingungen zu erfüllen, muß aber betonen, daß die Bedingungen das Maß dessen überschreiten, was Deutschland tatsächlich leisten kann und daher jede Verantwortung über irgendwelche Folgen ablehnen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Unausführbarkeit der Bedingungen auch bei schärfster Anspannung der deutschen Leistungsfähigkeit in die Erscheinung tritt. Sodann folgen die Vorbehalte gegen die alleinige Ueberherrschafft Deutschlands am Kriege und die Ablehnung der Artikel 227-230. Schließlich wird die nachstehende Angelegenheit als wesentlichen Bestandteil des Vertrages ansetzen werden. Innerhalb zweier Jahre vom Tage der Unterzeichnung ab berechnet, werden die alliierten und assoziierten Regierungen

ten gegenwärtigen Vertrag dem hohen Rat der Mächte so wie er vom Völkervertrag nach Artikel 4 eingeschickt wird, zur Nachprüfung unterbreiten. Vor diesem hohen Rate sollen die deutschen Bevollmächtigten dieselben Rechte und Vorrechte genießen wie die Vertreter der anderen kontrahierenden Mächte des gegenwärtigen Vertrages. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die das Recht der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die friedliche gleichberechtigte wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands gehindert wird. Es folgt sodann, wie bereits gemeldet, die Zustimmungserklärung der Reichsregierung.

### Die Antwort der Entente.

Der 23. Juni, 23. Juni. Das Reutersche Büro meldet aus Paris vom 22. Juni, daß Clemenceau, Wilson und Lloyd George gestern Abend folgende Erwidrerung auf die deutsche Note, die um 7 Uhr abends eintraf, abgesandt haben:

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Delegation vom gleichen Datum erwidert und hoffen, daß es in Anbetracht der Kürze der verbleibenden Zeit ihre Pflicht ist, eine unverzügliche Antwort zu geben. Von der Zeit, innerhals welcher die deutsche Regierung ihren endgültigen Beschluß bezüglich der Unterzeichnung des Friedensvertrages fassen muß, verbleiben weniger als 24 Stunden. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben alle bisher von der deutschen Regierung mit Bezug auf die von den Vertretern gemachten Vorstellungen ernstlich erwogen. Sie haben in aller Offenheit geantwortet und haben Konzeptionen, die sie zu machen für richtig hielten, gemacht. Die gegenwärtige Note der Delegation bildet keine Argumente oder Erwägungen, die nicht schon geprüft worden wären. Die alliierten und assoziierten Mächte fühlen sich genötigt zu erklären, daß die Zeit für Diskussionen vorbei ist, sie können keine Einschränkungen und Vorbehalte annehmen oder anerkennen und mühten von den deutschen Vertretern den unabweisbaren Beschluß verlangen bezüglich ihrer Ansicht zwischen Unterzeichnung des Friedensvertrages als Ganzes, wie er endgültig formuliert worden ist, oder Nichtunterzeichnung. Nach der Unterzeichnung müssen die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Durchführung jeder Bedingung des Vertrages verantwortlich machen.

### Keine Fristverlängerung.

Der 23. Juni, 23. Juni. Auf die von der deutschen Regierung gestern Abend an die Entente gerichtete Note, in der unter Hinweis auf die Bildung einer neuen Regierung und die Notwendigkeit, nochmals die Nationalversammlung zu berufen, um eine Fristverlängerung für die Unterzeichnung des Vertrages um 48 Stunden gebeten wurde, ist folgende Antwort eingegangen: Herr Präsident! Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die Ehre, den Empfang ihrer Mitteilung vom 22. Juni zu bestätigen. Nach der gründlichen Prüfung ihrer Bitte beauern sie, daß es ihnen nicht möglich ist, Eurer Erzählen die schon bewilligte Frist zu verlängern und ihre Entscheidung bezüglich der nachbestehenden Unterzeichnung des Vertrages sinnen zu lassen. Genehmigen Sie usw. gez. Clemenceau.

### Bedingungslose Annahme.

Der 23. Juni, 23. Juni. Die Nationalversammlung hat heute gegen die Stimmen der deutsch-nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, eines Teils des Zentrums und der Demokraten die Auffassung für zutreffend erklärt, daß die Regierung nach wie vor ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Der 23. Juni, 23. Juni. Heute nachmittag 4 Uhr 40 Minuten hat der deutsche Gesandte von Saniel dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, die Note zustellen lassen, in der die deutsche Regierung sich bereit erklärt, die Bedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen bedingungslos anzunehmen.

### Die Vorbereitungen zur Unterzeichnung.

Der 23. Juni, 23. Juni. Der Spiegelsaal, in Versailles ist instand gesetzt worden. In der Mitte des Saales steht ein großer Tisch für die Bevollmächtigten der Alliierten. Davor steht ein kleinerer, an dem Clemenceau mit den Schriftführern sitzen wird. Hier soll der deutsche Bevollmächtigte sein Siegel und seine Unterschrift unter den Vertrag setzen. Die deutsche Delegation wird wahrscheinlich noch einmal Protest gegen den Vertrag anbringen wollen, auf den Clemenceau wahrscheinlich nicht antworten wird. Die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland werden nicht sofort wieder aufgenommen werden, sondern es wird die Nationalisierung des Vertrages abgewartet.

Der 23. Juni, 23. Juni. Einer Mitteilung Gutins im „Echo de Paris“ zufolge scheint man nicht darauf zu bestehen, daß der Friedensvertrag im Saal von Versailles unterzeichnet werde. Gutin fragt sich, ob man tatsächlich alle a. und a. Bevollmächtigten für die Zeremonie im Spiegelsaal bemühen werde, wenn nur Herr von Saniel die deutsche Regierung vertreten werde.

Der 23. Juni, 23. Juni. 7 Uhr abends. Es ist jetzt sehr zweifelhaft, ob der Friedensvertrag schon am Mittwoch unterzeichnet werden kann, da weder die Deutschen, noch die Italiener die Bevollmächtigten ernannt haben. Außerdem muß der Vertrag auf Pergament gedruckt werden. Es wird auch

notwendig sein, die Beglaubigungsschreiben der Bundesräte von Weimarschlichtern, die ihn zu unterschreiben haben, zu prüfen.

Sicherungsverkehrungen in Versailles.

Paris, 23. Juni. In der Erwartung, daß es heute zu Kundgebungen in Versailles kommen könnte, hatte die deutsche Delegation gestern Abend die Mission Henry er- sucht, für den heutigen Tag und Abend Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, daß Zwischenfälle, wie sie vor 8 Tagen er- fährlich der Abreise der deutschen Friedensdelegation voran- gingen waren, sich nicht wiederholen könnten. Am Laufe des heutigen Vormittags und Nachmittags war in den Gärten der Hotel de Reims, des Meurvoirs und Suite Truppen und Gen- darmerie aufgestellt und in der Nachbarschaft bereitgestellt. Der neue Präfeld des Departements Seine-et-Oise hat sich wiederholt persönlich von den getroffenen Vorbereitungen über- zeugt. Heute Abend kurz vor 7 Uhr verließen einige junge Leute, offensichtlich Studenten, eine Kundgebung vor dem Hotel des Meurvoirs zu veranlassen. Sie wurden jedoch so- fort von der Polizei zurückgedrängt. Heute kurz nach 8 Uhr wurden im Park von Versailles Freudenfeste abgehalten. Eine große Menschenmenge besaß sich sodann zum Park von Versailles und versammelte sich auf der Place des Armes, wo einige Antrachen gefolgt wurden. Der Umkreis der drei Hotels wurde von Truppen und Polizei in starker Weise abgeperrt, jedoch bisher Zwischenfälle nicht zu verzeich- nen sind.

Die ungeliebten Franzosen.

Paris, 23. Juni. Heber einen betrübten Aufmarsch gegen Frankfurt a. M. bringen verschiedene Blätter Nachrichten. In der Deutschen Allgemeinen Zeitung heißt es: Gestern Abend 7 Uhr rückten französische Truppen über die Aisnebrücke in Frank- furt ein. Von Westen her besetzten sie auf allen Straßen starke französische Kolonnen. Gerade als die Soldaten den Stadteil Boden- heim erreichten, traf der Befehl zum Rückmarsch ein. Die fran- zösischen Besatzungen haben sofort das gesamte Weichbild von Frankfurt verlassen.

Demselben Blatt wird aus Versailles gebrachelt: Aus Frank- furt a. M. lag gegen 6 Uhr abends bei der deutschen Delegation die Meldung vor daß die Franzosen vor Ablauf der Frist mit dem Vormarsch in besetzten Gebiete begonnen hätten. Herr v. Daniel legte sofort Protest ein.

Wegen des Friedensvertrags kein Proteststreik.

Bern, 23. Juni. Die Blätter melden, daß die polni- schen und tschechischen Sozialisten einem Proteststreik gegen den Versailles Friedensvertrag zustimmen hätten, ist unrichtig, da sie von der italienischen sozialistischen Partei nur zu einem Proteststreik gegen die Vergewaltigung der Ungarn und der russi- schen Republik aufgefordert wurden und diesem Vorstände bei- getreten sind. Die Pariser Verbindungen zwischen den italieni- schen und französischen Sozialisten haben erachtet, daß das fran- zösische und italienische Proletariat für einen 24. bis 48stündigen Proteststreik gegen die Vergewaltigung der ungarischen und der russischen Republik gewonnen worden ist. Die große Mehrheit der in der Partei anwesenden italienischen und französischen De- legierten hat einen Proteststreik gegen den Vertrag von Ver- sailles abgelehnt.

Die Sitzung der Nationalversammlung.

Weimar, 23. Juni. Präsident Heinenbach eröffnet die Sitzung kurz vor 3 Uhr und schlägt nochmals die Beratung der Friedensfrage vor. Das Haus ist damit einverstanden.

Ministerpräsident Bauer:

Durch die bekante Antwort der Entente ist die Lage in größ- ter Stunde von Grund auf verändert und damit stehen wir un- erträglich vor der unabweisbaren Frage: ablehnen — bedingungslos unterschreiben? Die Regierung hat ihnen gestern die bedingte Unterzeichnung vorgelegt. Sie hat geglaubt, diesen letzten Versuch machen zu müssen, um etwas wenigstens von allen den Idealen zu retten, die unsere Gegner angeblich in diesem Kampfe für die Menschheit erstreben wollten. Alles das sind aber heute nur noch theoretische Betrachtungen. Es soll uns nichts, gar nichts erspart bleiben. Der Krieg ist nicht zu vermeiden, er wird ein bestiegtes Volk an Leib und Seele vergraben, wie kein Volk je zuvor. Kein Protest heute mehr, kein Sturm der Empörung! Alles weitere muß den Eindruck schwächen, der sich heute der Welt bietet, die zum Teil mit verhöhltem oder unterhöhltem

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Siebig.

Rückblick verboten. Peter Bräuner redete sich in seiner ganzen Stillschtheit, und dann flopte er, wie prüfend, seinen gedöhlten Brim- kassen: bei, es war doch noch ein Lächler, trotz seiner Fün- fzig, er nahm's noch mit jedem von hierzuland, und war der auch zwanzig Jahre jünger, leicht auf! Kräftig betrachtete er den halb eingeduckten Ruffler: hatte wohl Schnapps geoffen, Wutde — wie sie den puren Kack- schüssel nennen — daß er am helllichten Tage schlief! Ein ver- schämtes Lächeln zog des starken Mannes Mundwinkel herab, aber gleich wurde sein Gesicht wieder ernst: 's war doch keine Kleinigkeit, mit fünfzig Jahren noch einmal von vorn anzufan- gen, noch dazu im fremden Land! Was ihn vor acht Tagen, an der Seite seines besten Führers, freundlich angesehen, dünkte ihn jetzt gewandelt hätte ihn nicht der Himmel, der sich wolkenlos, jähblau, ebern ob der horrigestannnen Erde spannte, so arminig an, daß er die Blicke jenseit muckte? Wah — er rief sich ungeduldig die Augen — nur nicht bog! Warum denn hange kein? Es hatte ihn ja auch bisher noch kein langer Gedanke befallen, auch nicht, als er zum zweiten Mal allein dieses Weges gekommen. Da war er so- gar die vier Stunden zu Fuß herangestrandert und hatte sich, obwohl ermüdet, gleich ans Werk gemacht, hatte keine Stelle abgeschrieben und sich den passendsten Platz zum Bau des Ge- hölzes ausgelacht. Ein Brunnen war schon vorhanden; aber daß er sich nicht auch das Haus von der Kommission hatte herstellen lassen, das reute ihn nicht. Nein, eines, affkurat 'o wie alle andern, so eine viereckige Dose, in die man Kör- ner — oder gar Stroh und Scheune mit unter einem Dach sein Strauch, kein Gortien dabei, nicht einmal eine arline Ver- ke, auf der die Hausfrau das Leinen spreiten konnte, das dachte ihm auch nicht! Nein, ein hübsches rheinisches Bauern- haus sollte es werden — ob weiß, ob wasserblau oder rosenrot gefärbt, darüber war er sich noch nicht schlüssig — ein Me- fied mußte am Giebel sein, der sich bis zum Dachfirstlerben rechte, daß man droben wie aus einem grünen Rahmen schauen konnte, hin zu den Sieben Bergen jenseits des Stromes.

Entscheiden auf diese Verewaltigung steht. Unterschreiben w.r. das ist der Vorbehalt, den ich Ihnen namens des ganzen Kabinetts mache: bedingungslos unterschreiben. Wehlos ist nicht ehelos! Die Gegner wollen uns an die Ehre. Daran ist kein Zweifel mehr. Daß dieser Versuch der Ehrabschnei- dung einmal auf die Urheber selbst zurückfallen wird, daß es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragödie zugrunde geht, das ist unsere Hoffnung bis zum letzten Atemzuge. Ich darf wohl annehmen, daß auch nach diesem Vorgehen die Regierung er- mächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Hgl. Schiller (Dem.): Die Ermächtigung beanstanden wir nicht. Meine politischen Freunde setzen keinen Zweifel in die vaterländische Gesinnung derer, die mit Ja gestimmt haben. Schütz-Vromberg (D.M.): Meine Partei steht auf dem Standpunkt der unbedingten Ablehnung und erhebt Widerspruch gegen die Unterzeichnung.

Hgl. Heine (D. Sp.): Wir lehnen den Friedensvertrag nach wie vor ab. Wir erkennen an, daß auch die Gegner unserer An- sichten nur aus vaterländischen Gründen handeln.

Präsident Heinenbach: Ein Widerspruch gegen die Auffassung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung ermächtigt bleiben soll, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ist nicht erfolgt. (Wider- spruch rechts.)

Hgl. Schütz-Vromberg (Dem.): Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß gestern nur eine beschränkte Ermächtigung zur Unterzeichnung gegeben wurde.

Präsident Heinenbach: Ich nehme an, es wird Widerspruch erhoben und noch eine Abstimmung verlangt. In einfacher Abstimmung erklärt darauf das Haus gegen die Stimmen der deutschnationalen Volkspartei und eines Teils des Zentrums und der Demokraten, die Auffassung der Regierung, daß sie nach wie vor ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen für zutreffend.

Präsident Heinenbach: Ich stelle mit Genugtuung fest, daß von den verschiedensten Seiten des Hauses anerkannt wurde, daß alle Teile des Hauses nur von vaterländischen Gründen sich bei der Abstimmung leiten ließen. Ich möchte wünschen, daß dieser Geist auch hinausgehen möge in unser Volk, daß es gemüßigt, nummehr einträchtig zusammen alle die großen Kräfte auf sich zu nehmen, die uns jetzt bedrücken. Am übrigen empfehle ich unser unglückliches Vaterland dem Schutze des barmherzigen Gottes. (Beifall.)

Die Sitzung wird um 2 1/2 Uhr um eine Stunde unterbrochen. Um 4 1/2 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Präsident Heinenbach: Die Parteiführer haben sich auf einen Aufruf an das deutsche Volk geeinigt, in dem es u. a. heißt: Un- geheure und niederdrückende Anforderungen stellt der trotz des Selbsterlösens unserer Truppen und aufzugehende Frieden an alle Teile des Volkes, besonders schwere aber an die Gefühle unserer Soldaten. Das deutsche Volk erwartet zuversichtlich, daß Heer und Marine neu ihrer großen Verantwortung in dieser schwersten Zeit ein Beispiel der Selbsterlösung und der Aufopferung geben und Hand in Hand mit den anderen Volksgenossen an der Wieder- aufbauung unseres Vaterlandes arbeiten. Sie wird gelingen, wenn alle ihre vaterländische Pflicht erfüllen.

Der Präsident stellt weiter mit, daß der Vellestenaussschuß im Einverständnis mit der Regierung vorschlägt, einen Antrag der Nationalversammlung für die Reichsregierung zu unterlegen, in den die Sozialdemokraten 2 Mitglieder und alle übrigen Fraktionen je 1 Mitglied entsenden sollen.

Ein Antrag aller Parteien, wonach der Finanzminister er- mächtigt ist, für Gebietsstelle, bei welchen die Reichszugehörigkeit gefährdet ist, den Banken die Angehörigkeit über Hinterlegung von Wertpapieren seit dem 1. Oktober 1919 auszufragen, sowie einen Antrag des Hgl. Wurm (M. S.), diese Bestimmung auf das ganze Reichsgebiet zu erstrecken und die Anzeigepflicht auf die seit dem 1. August 1914 hinterlegten Wertpapiere auszu- dehnen, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der Kotelat, der wegen nicht rechtzeitiger Fertig- stellung des Hauptplans 6 Milliarden bis zum 1. Oktober zur Ver- fügung stellt.

Hgl. Mumm (D.M.) beantragt, aus Sparmaßregeln, daß nur 5 Milliarden bewilligt werden.

In der weiteren Debatte sprachen die Hgl. Götze (Dem.), Schürer (Ztr.) und Dr. Meyer (D. Sp.) die Bitte aus, daß die Arbeiter endlich zur Arbeit zurückkehren möchten.

Hgl. Wurm (M. S.): Die Arbeiter haben zur Regierung kein Vertrauen, daher arbeiten sie nicht. Erst wenn das andere ge- sehen ist, werden wir den Appell zur Arbeit ergehen lassen.

Der Antrag Mumm wird abgelehnt und der Kotelat gegen die Stimmen der Unabhängigen keinigt.

Das Gesetz über den Eintritt Bayerns und Wadens in die Versicherungsgemeinschaft wird angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. Anfragen und kleinere Vorlagen. — Schluß 8 Uhr.

Ah, die Sieben-Berge — ein weicherer Ausdruck glitt über des Auswanderers hartes Gesicht — die würde man treu- lich hier nicht zu leben kriegen! Aber ein Görtchen wenig- stens würde da sein mit einer Baude, um die das Gesicht mit warmen Abend dufte; und Pflanzenstämme würden waachen und Aprilien am Spalter, daß die Frau was einzu- klopfen hatte zum Schmirren für die Kinder.

„Oh, sieh ens, Peter! Kein einziger Apfelbaum steht hier im Feld.“ jagte die Frau jetzt hinter ihm. Da schreckte er zusammen.

Frau Bräuner stellte sich aufrecht, mit beiden Händen hüfte sie sich auf ihres Mannes Schuttern, um 'o einen Gult zu haben im hin und her schlendernden Gesicht. Gab neu- jerrige, halb ängstliche Pläne sich sie über die sonnenhimmere- de Ebene abzulesen. „Schöne Felder! Feies, was en Korn! So'n Felder gibt es bei uns zu Hause doch nil. Sag, wem hören die zu?“

Er zuckte die Achseln: „Weiß ich nil!“

„Oh Gott!“ — wie in einem plötzlichen Schmerz zog das Weis der Frauen zusammen — „dat weiß mer nil?! Da ja, wat is dat doch all 'o — 'o — kein Gaudesches, kein Dörcheses — Feies, wat is dat all 'o Ker!“

„No, dat kanste doch noch'st'ig nit sagen!“ Er veruckte ein heiteres Auflocken. „Sperre doch dein Auge auf! Du hast et ja selber gesagt: haste je 'o viel Korn auf einem Gau- sen gesehen? Kund amal da, hier rechts, den Schlaa Weizen! Roggkornner, mindestens hundert Morgen sind dat — als immerfort Weizen, um 'o schön von Farb! Als am dunkel, job- dig, dat is en Stalk! Hier links hat Roggen gestanden, den haben sie als geschritten. Dat einer an dem Staaks-Ree drunter! Brrr!“

Er schaute wieder über den Ruffler weg nach den Bergen und war dann mit einem Plump vom Wagen. Schon trauvte er jenseits des tiefen Grabens in die Stoppel. Und jetzt stand er wieder bei seiner Frau und hielt ihr eine Faust „schick ausserwärt! Alles unter die Nase.“

„En Moll! Wer'st'iger drunter! Un 'o fett! Wart ens, wann wir erst 'o 'ne haben! Dann bist auch vergnügt, gest, Actiden?“

„So, oh eja!“ Gostig nickte sie, aber sie vermied 'einen Blick, der fragend den ihren suchte. Sie hätte ihren Mann

Ledebour freigesprochen.

Paris, 23. Juni. Die Geschworenen be- urteilten im Ledebour-Prozess sämtliche Schuldfragen. Der Angeklagte Ledebour wurde unter lauten Beifallskundgebun- gen im Zuscherraum freigesprochen.

Das neue italienische Kabinet.

Rom, 23. Juni. Das neue Kabinet: seit sich solch- demachen zusammen: Forlich und Inneres Aff. Auswärtiges Tittoni, Kolonien Luigi Rossi, Justiz Motara, Finanzen Telesco, Schatz Stambler Marine und interimistisch Krieg Kontradmira! Secchi, Öffentlicher Unterricht Decchi, Öffentliche Arbeiten Amiano, Transport de Vito, Industrie Handel, Arbeit und Ver- pflegung Ingenieur Daniele Ferraris, Post Chiorrent, Militär und Pensionen Tacino, besetzte Gebiete Dejazare Rana. Die Minister werden heute vereidigt.

Nachwehen vom finnischen Schanderegiment.

Helsingfors, 23. Juni. Der Reichswehrer hat eine Amnestie erlassen, durch die 2000 weitere Teilnehmer am Aufzuge des Jahres 1918 befreit werden. Infolge dieses Er- lassens, der u. a. 12 Landtagsabgeordnete umfaßt, sind im wesent- lichen alle Teilnehmer an dem Aufzuge jetzt befreit, mit Aus- nahme der Anführer und Helfer sowie der wegen gemeiner Ver- brechen verurteilten Personen. Die Amnestie war die Be- dingung, von der die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zur Ver- fassungsvorlage abhängig gemacht hatten.

Neutereien in der französischen Marine.

Amsterdam, 23. Juni. Nach einer Neutereimeldung aus Vrest vom 18. Juni, die in englischen Blättern vom 20. d. M. veröffentlicht wird, kam es bei der Rückkehr des französischen Schlachtschiffes „Julies“ aus Schanghai, mo die Besatzung des Schiffes gemutert und verlangt ha. te, nach Frankreich zurückge- bracht zu werden, zu Kundgebungen von französischen Matroien, die mit roten Fahnen durch die Straßen zogen. Um 8 Uhr abends rissen 200 Demonstranten die Gitter der Baracken nieder, nach denen einige der Matrosen der „Julies“, die vor ein Kriegsgericht gestellt worden waren, geschloßt worden waren. Die Demonst- ranten veruckten, die gefangenen Kameraden zu befreien und es mußte Infanterie-Verstärkung zur Wiederherstellung der Ordnung aufgedrückt werden.

Zur Besetzung der deutschen Kriegsschiffe.

Amsterdam, 23. Juni. Das Neuterische Büro meldet aus London: Es verlautet, daß Kontradmira! von Neuterie volle Verantwortung für die Besetzung der deutschen Schlach- tschiffe übernimmt und zwar auf Grund des vom früheren deut- schen Kaiser im Jahre 1914 gegebenen Befehls, daß die Schiffe niemals in Feindeshand fallen dürfen.

Lebensmittelkravalle in Berlin und Hamburg.

Berlin, 23. Juni. Aus Entrüstung über die hohen Lebensmittelpreise, besonders über die Preise von Rindern und Erbsen, zog heute mittag gegen 12 Uhr eine Menge von etwa 500 Personen heftiger Bescheid nach die Invalidentraße und plünderte vor allem die Lebensmittel- und Tobakläden. Etwa eine halbe Stunde später drangen die Ausschreitenden in den Wochenmarkt ein, der auf dem Grundstück Müllerstraße 48 abge- halten wurde und beurlaubte die dort auf der Straße ausgeleg- ten Waren. Im Laufe des Nachmittags in der vierten Stunde kam es zu schweren Ausschreitungen in der Marktstraße, in der Invalidentraße, Ecke Markstraße. In allen Fällen wurden Re- gierungstruppen herangezogen, die die Mäße wieder herstellten. In der Invalidentraße war die Tätigkeit der Truppen nach 5 Uhr noch nicht beendet.

Hamburg, 24. Juni. Gestern nachmittag stürmte eine große Volksmenge die Konjunkturbüro von Jakob Heil, in der eiserne Kader von Kunden und Sachen verreckelt wurden. Die Menge bemächtigte sich des Kabinettens, mihandelte ihn schwer und warf ihn dann in die Mitter. Nachdem sich Heil durch Schwimmen gerettet hatte, wurde er wiederum auf's schwerste mißhandelt und flüchtete ins Rathaus, das die Menge zu stürmen versuchte. Die Sicherheitsmannschaft gab schließlich Blinde Schiffe ab. Erst nachdem von berufener Seite die Ver- sicherung gegeben worden war, daß gegen Heil die erforderlichen Schritte unternommen werden würden, beruhigte sich die Menge.

Ein deutscher Kistler. Der Herr von Herberg, der in der „Deutschen Zeitung“ einen offenen Brief an den Minister- präsidenten Schulermann gerichtet hat und in diesem Briefe Herrn Scheidemann die Todesstrafe androht, ist seit dem 18. Mai in den einseitigen Ruhestand versetzt.

nicht anjehen können; Tränen füllten ihre Augen, der strah- lende Tag im wolkenlosen Mittagsglanz war ihr verdunkelt. Sie war froh, als Peter sich wieder vorn auf den Sitz schwang.

Und weiter ging die Fahrt, immer weiter durch die End- losigkeit der reisenden Felder. Da stand Gerite, da Safer — hoher, reichbelegter Hafer, wie schwere Tränen hingen die Köp- ner an der sich bleichenden Fahne — aber mein Weizen, Weizen so weit, bis dem Auge das tiefe Gold sich im gärreren Blau des Himmels zu verlieren schien.

Sie mußte bald gedankt werden! Bräuer hielt prü- fend Umfchau: Serrgott, was war hier zu wackeln! Umwil- fürlich wühlte er sich den Schwanz von der Stirn. Es reich- ten tauwende von Händen nicht zu, all d'ies Korn zu lösen, zu binden, aufzuheben, zu verladen, beizuzuführen in die Scheunen. Und hier gab's auch riesige Müdenfelder. Denn deren Ernte auch noch lange ausdau, besocht will die Müße aufheben, bepilligt und behäufelt.

„Frau, Actiden,“ rief er ganz aufgeregt, „schibe all die Ruderrücken? Hierzuland kannte b'lig Ruder in deinen Kaffee tun! Donnerwetter, is da aber en Unkraut zwischen. Da mühen amal 'o en Stüder hundert Arbeiter erein. Gau, is dat noch en Arbeit!“

„Wer sieht ja hier gar kein Veut,“ sagte die Frau leise; ihre Stimme klang gepreht. Die Sand über die Augen däl- tend, wühlte sie in die Ferne mit einem unruhig suchenden Blick. Kam die Ansiedlung denn noch nicht?! So weit waren sie nun schon gefahren! Doppelt weit kam ihr die Wagen- fahrt vor; nun sie dem Ziele 'o nahe, dachten sie die letzten paar Stunden schier länger als den ganzen Tag die Fie- ren lahmfahrt vom fernen Rhein bis in die stülke Kroving.

Wie mochte Rodeka aussehen? Gab's da Wälder, Berge, einen Fluß? Nein, aber Bäume würden dort sein. Peter hatte gesagt, daß ein Dorf ganz nah sei, ein altes Dorf; es gab da sicher Gärten mit alten, breiten, vielstümmigen Obstbäumen. Eine wahre Schwundt nach Schalken, nach Bäumerrücken er- griß die in Hitze und Seelenunruhe liegende Frau.

(Fortsetzung folgt.)

Comperz ist als Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes bestätigt worden.

Ein türkischer Protest. "Liberte" erzählt, daß die türkische Delegation der Friedenskonferenz eine Protestnote gegen die Besetzung Smyrnas durch die Griechen zugesandt und mitgeteilt habe, daß sie außerdem am nächsten Montag eine ausführliche Denkschrift über die Gesamtheit der osmanischen Probleme einreichen werde.

Die Wiener Revolutionsopfer. Gestern Nachmittag fand die Beerdigung für die Opfer der blutigen Ereignisse am 15. Juni nach dem zwischen allen sozialistischen und kommunistischen Organisationen vereinbarten Programm statt. Etwa 6000 Teilnehmer nahmen an der Beerdigung teil.

Soldaten-Kinderkriege. Truppen des Gardebataillons drangen heute morgen in das Zeughaus ein, holten die 1870 und 1814 erworbenen Fahnen heraus und verbrannten dieselben vor dem Denkmal Friedrichs des Großen.

Ein bolschewistisches Schiffschiff torpediert. Der finnische Generalkonsul meldet, daß ein russisches Schiffschiff am 18. Juni das bolschewistische Schiffschiff "Siana" torpediert hat. Die "Siana" sank sofort.

Die Zwischenfälle in Versailles. Die "Matin" berichtet, daß der Militärgouverneur von Paris nach beendeter Voruntersuchung über die Zwischenfälle in Versailles beschlossen, eine gerichtliche Untersuchung gegen Unbekannt einzuleiten. Das 2. Kriegsgericht in Paris ist mit der Untersuchung beauftragt und wird sich wahrscheinlich im Laufe dieser Woche nach Versailles begeben.

Niederlage der Bolschewisten. Aus Katerinodar wird unter dem 17. d. Mts. gemeldet: Die Bolschewisten fliehen gegen Charkow. 15 000 haben in voller Auflösung den Bahnhof bei Slawinsk passiert. Die Bolschewisten haben sich mit den bei Korosjoffaja gegen die Bolschewisten revoltierenden Kameraden vereinigt. Die Kojalen haben den Bahnhof von Korosjoffaja besetzt und 19 Kanonen erbeutet.

Eine Kohlenarbeiterin. Laut "Berliner Sozialanzeiger" sei in einem Kesselsbau der Gesellschaft Viktoria in Loebstedt bei Leipzig eine Kohlenarbeiterin stattgefunden, bei der drei Arbeiter sofort getötet und 17 schwer verletzt wurden. Von den Verletzten sind inzwischen noch acht Arbeiter gestorben.

### Baden.

#### Die wahren Pläne der Kommunisten

enthüllte der Arbeiterrat A. Reinhardt aus Friedrichshafen am Bodensee in einer öffentlichen Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie in Singen a. S., die am 14. d. Mts. stattfand. Reinhardt erklärte u. a.:

"Die nächsten 4 Wochen werden eine zweite Revolution und mit ihr die Aufstellung der Räteregierung bringen, und wenn auch die von der jetzigen Regierung getroffenen Gegenmaßnahmen, von denen wir ganz genaue Kenntnis haben, angewandt werden, so werden wir auch nicht vor Kampf und Blut zurückweichen, nachdem wir so lange unser Leben nur für einen Mann in die Schanze geschlagen haben. Die jetzige Regierung durch Gewalt mit Aufrichtung der Diktatur des Proletariats zu stützen sind wir gezwungen, da wir es auf dem Wege der Volksabstimmung nicht tun können."

Man kann Reinhardt dankbar sein, daß er offen die gefährlichen Ziele der Kommunisten und ihrer Gesinnungsbrüder von der U. S. D. kundgegeben hat. Nur soll er sich nicht wundern, wenn die von ihm gegen die jetzige Regierung gepredigte Anwendung der Gewalt nicht widerspruchslos hingenommen wird. Die Erfahrungen mit der bayerischen Räteregierung sind wahrlich nicht so, daß man in Baden darnach Verlangen tragen könnte, ähnlich beklagenswerte Zustände zu erhalten.

Verfälschter Generalkonferenzversuch in Mannheim. — Missglückter Versuch, die Freiwilligen-Bataillone und Volkswache für die Unabhängigen zu gewinnen.

Mannheim, 24. Juni. Schon vor einiger Zeit war durchgedrungen, daß die radikalen Elemente am Tage der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages einen größeren Putsch, zum mindesten aber die Proklamierung des Generalkonferenzversuches planten. Die Kommunisten hatten für den Montag den Generalkonferenzversuch in Mannheim proklamiert u. zwar sollten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in die Fabriken begeben, aber passiv bleiben. Später wollte man Protestkundgebungen veranstalten und daran anschließend beschließen die Räterepublik zu proklamieren. Der Aufforderung der Kommunisten zum Generalkonferenzversuch leistete die Arbeitererschaft aber keine Folge. Der Montag ist in Mannheim ruhig verlaufen. Die Regierung hat übrigens die umfassendsten Maßnahmen getroffen, um ihrerseits gegebenenfalls die Verhinderung jeder gewalttätigen Aufregung mit Gewalt zu bezwecken, Nachdruck zu verheßen.

Wie die "Volksstimme" berichtet, hat der Führer der linken radikalen Elemente, Hermann Kemmle, versucht, die Freiwilligen zu den Unabhängigen hinüberzuführen. Der Kommandant der Freiwilligen habe das aber abgelehnt, ebenso ein Niederlegen der Waffen, worauf Kemmle erklärt habe, dann würden die Spartakisten die Waffen sich holen. Später habe Kemmle dann versucht, die Volkswache auf seine Seite zu bringen, aber auch hier keine Gegenliebe gefunden.

Endlich. Zur Linderung der Wohnungsnot hat das Arbeitsministerium in einer letzten erschienenen Verordnung bestimmt: Es ist bei Wohnungsanfrage von bewohnten Wohnungen davon auszugehen, daß eine Wohnung in der Regel als den nötigen Bedarf übersteigend gilt, wenn sie mehr Räume enthält, als die um eines vermehrte Zahl der Hausangehörigen beträgt. Mehr als sechs Räume soll in allgemeinen ein Haushalt in dieser Zeit nicht beanspruchen können. Räume, Badzimmer bleiben außer Berechnung. In Gemeinden mit besonders starkem Wohnungsmangel kann die Zahl der zulässigen Wohnräume noch herabgesetzt werden. Um gegen widerwillige Mieter und Hausbesitzer wirksam vorgehen zu können, wurden den Gemeindebehörden besondere Maßnahmen gebührt. — Die Grundbesitzer sind den Gemeinden und Behörden nun gegeben, nötig ist nur, daß jetzt auch überall mit Entschiedenheit ein- und durchgegriffen wird. Es wird Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindevorstände sein, in ihren Gemeinden auf rücksichtslose Durchführung der Verordnung zu dringen.

Die Haltung der badiischen Vertreter. Von den badiischen Vertretern in Weimar hat sich nur Staatspräsident Geiß für die Unterzeichnung des Friedensvertrages erklärt, während sich der Minister des Innern Dietrich ebenso wie Staatsrat Dr.

Haas dagegen ausgesprochen haben. — Das "Heidelb. Tagbl.", das sich gegen die Unterzeichnung ausgesprochen hat, hält die von dem Regierungsorgan der "Karlsr. Zeitung", ausgesprochene Meinung, die Mehrheit der badiischen Bevölkerung sei für die Unterzeichnung des Friedensvertrages, für sehr zweifelhaft und von einem Regierungsorgan für unangebracht. — Das "Heidelb. Tagbl." scheint bedeutend weit hinter dem Mond daheim zu sein.

Kein Regierungswechsel. Nach der Meldung eines größeren auswärtigen Blattes dürfte die neue Kabinetsbildung im Reich auch Auswirkungen auf die Einzelstaaten haben. Wie wir am unterrichteter Stelle erfahren, dürfte eine solche Rückwirkung sich auf Baden kaum erstrecken. In den beteiligten Kreisen besteht wenigstens zur Stunde noch die Absicht, einen Wechsel in der Zusammensetzung der badiischen Regierung einzutreten zu lassen.

Hilfe für Kehl. Der Haushaltsausschuß des Bad. Landtags trat am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammen, um zunächst zu dem Gesetzentwurf über die Bürgerschaftsübernahme für ein Darlehen der Stadtgemeinde Kehl durch den Staat Stellung zu nehmen. Wie schon kurz vor und berichtet worden ist, soll die Höhe des Darlehens eine Million Mark betragen. Bekanntlich ist die Stadt Kehl durch die französische Truppenbesetzung in eine finanziell sehr bedrängte Lage gekommen. Seit der Besetzung stehen der Stadtgemeinde zur Beirichtung ihrer dringenden Ausgaben genügend Mittel nicht mehr zur Verfügung. Deshalb wird eine alsbaldige Unterfützung durch den Staat als dringend notwendig bezeichnet. Der Haushaltsausschuß erklärte zu dem Gesetzentwurf, augenblicklich nicht in der Lage zu sein, darüber eine endgültige Entscheidung zu treffen, zumal es schließlich nicht sicher sei, die von den Franzosen besetzte Stadt Kehl zu unterfützen. Der Gesetzentwurf wurde deshalb zurückgestellt. Sodann wurde der jebem dem Haushaltsausschuß zugegangene sehr umfangreiche B. Nachtrag zum Staatsvoranschlag, der Anfordernungen in Höhe von nahezu 80 Millionen enthält, an den Berichterstatter verwiesen.

In den Klauen der Militärjustiz. Aus Gernsbach schreibt man uns: Vor einiger Zeit wurde in Gernsbach das dortige Soldatenratsmitglied Kommel von Offizieren in Haft genommen, dann jedoch von seinen Kameraden wieder befreit. Nun sollen alle Beteiligten von einem "Kriegsgericht" abgeurteilt werden. Wie beratige Kriegsgerichte auch heute noch zusammengekehrt sind, ist allgemein bekannt: Die Offiziersliste ist oben auf. Erst kürzlich hatten wir Gelegenheit, über einen derartigen Kriegsgerichtssitzung in Gernsbach lebhaft Klage zu führen. Nach welchen Gesetzen sollen überhaupt die Opfer dieser "Kriegsgerichte" abgeurteilt werden? Nach den alten Militärstrafgesetzen mit Heftung, Zuchthaus und Todesstrafe? Wir hoffen, daß sich die höheren zuständigen Stellen sofort mit dieser Angelegenheit befassen, denn das mögen sich die Herren Kriegsgerichtsräte gesagt sein lassen: das Proletariat wird nicht dulden, daß einem revolutionären Soldaten auch nur ein Haar gekrümmt wird, wenn er sich nichts zuzulassen kommen ließ, was nach dem Reichsstrafgesetzbuch bestraft werden muß.

Ein Antrag der weiblichen Abgeordneten des Landtags. Die weiblichen Mitglieder des badiischen Landtags haben folgenden Antrag eingebracht: Wir beantragen die Aufhebung von § 8 des Gesetzes vom 9. Oktober 1890 über die Ausbildung der Erziehungslehre in Bezug auf die Religion der Kinder. Durch diesen Paragraphen wird bestimmt, daß die verheiratete Mutter eine Nennung der religiösen Erziehung ihrer Kinder nur mit Genehmigung der Staatsbehörden und nach erhobenen Gutachten der nächsten beiderseitigen Verwandten des Erbsorgereichen und Vätern vornehmen darf. Der verheiratete Vater untersteht keinem derartigen Gesetz.

Badiischer Lehrerverband. Bei einer Versammlung über die Gründung eines badiischen Lehrerverbandes zwischen den Führern der Lehrervereine, den Vertretern der Hochschulen und anderen Schulmännern wurde keine vollständige Einigung erzielt. Es ist aber zu hoffen, daß sich die badiischen Lehrer aller Schularten zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen, um gemeinsam Richtlinien für ein neues Schulgesetz heranzuarbeiten. Dazu sollen, nach einem Rundschreiben des badiischen Lehrervereins, Arbeitsausschüsse gebildet werden, die Vertreter aller Schularten umfassen.

1. Achem, 22. Juni. Heute Vormittag 9 Uhr geriet der Sohn des Gastwirts Jos. Kist, zum "Heidelschiffen", Schreiner Karl Kist, mit dem im gleichen Hause wohnenden Gefäßfabrikanten Leinz in Streit, weil letzterer über die Familie Kist unvorteilhafte Aussagen gemacht haben soll. Die Hausbewohner trafen den gegenüber wohnenden Genossen Stachel zu Hilfe, der im Verlauf der Streitigkeiten mit seinem Revolver einen Schuß abfeuerte und den Karl Kist in die Brust traf. Wie man hört, soll die Lunge durchbohrt sein und Gefahr für das Leben des Verletzten bestehen. Ob der Genarm in Notwehr gehandelt, dürfte die eingeleitete Untersuchung ergeben.

#### Die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen.

Für die Aufnahme unserer Kriegsgefangenen nach der Heimkehr treffen die Behörden seit langem umfangreiche Vorbereitungen. Längs der Grenze werden Grenzübergangsstationen eingerichtet, an denen die Transporte durch eine Abnahmekommission von dem Personal der Entente übernommen werden. Die Gefangenen werden durch die Vertreter der Regierung und der Städte feierlich begrüßt, sie erhalten Liebesgaben und Reisefloß und einen kleinen Geldvorschuss für die Weiterreise. Die Transporte werden verpflegt und Kranke sofort in Behandlung genommen. Zur Unterbringung in dieser Hinsicht ist der militärischen Abnahmekommission ein bürgerlicher Empfangsausschuß beigegeben. In Baden werden solche Liebesgabenstellen in Mannheim, Offenburg und Konstanz eingerichtet. Nach der Grenzübergangsstation werden die Transporte in Durchgangslager weitergeleitet. Auch auf der Reise sollen die Gefangenen den Einbruch gewinnen, daß die Heimat sie freudig begrüßt. Alle Bahnhöfe werden feierlich geschmückt sein, eine Abordnung des Empfangsausschusses wird jeden Transport begleiten und für das Wohl der Heimkehrenden sorgen. In den Durchgangslagern findet eine sorgfältige ärztliche Untersuchung statt, eine Quarantänezeit wird den Heimkehrenden nicht auferlegt. Nur die Kranken werden in Lazarettsbehandlung genommen. Hier werden den Heimkehrenden die rücksichtlichen Bedürfnisse und das Entlassungsgeld ausbezahlt, sie erhalten ferner den Entlassungsausweis, die Reisegebühren und einen Militärpasschein in die Heimat. In den Durchgangslagern werden die Heimkehrenden volle Bewegungsfreiheit und außerhalb des Lagers haben und es wird für Unterhaltung und für einen angenehmen Aufenthalt durch einen bürgerlichen Empfangsausschuß gesorgt werden. Durchgangslager werden sich in Baden befinden auf dem Heuberg, in Mannheim, Tauberbrunn, Rastatt und Konstanz (Austauschstation). Nach der Lagerabfertigung werden die aktiven Militärpersonen auf acht Wochen beurlaubt, die übrigen aus dem Heeresdienste entlassen. Man rechnet damit, daß sich die breite Öffentlichkeit an dem großen Liebeswerk beteiligt. Inaktive und Reserveoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, Ärzte, Juristen, Pflegepersonal, Köche und Arbeiter aller Art, jeder, dessen Zeit es erlaubt, sollte sich für unsere Gefangenen zur Verfügung stellen.

Gegen Scheinwähler und Schieber. Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter beauftragt, alle Nachrichten über Scheinwähler und Schieber, die eine über den Amtsbereich hinausgehende Bedeutung haben, dem Bezirksamt Karlsruhe — Remtalswählerliste — sofort mitzuteilen.

Reisen nach Erfurt. Infolge Arbeitseinstellung bei der Eisenbahndirektion Erfurt ruht auf den wichtigsten Strecken dieses Bezirks der Zugverkehr vollständig. Demnach kann mit Reisen nach, von und durch den Bezirk Erfurt bis auf weiteres nicht mehr mit Sicherheit gerechnet werden. Wegen der durchlaufenden Züge D 1, D 2, D 32/D 33 und D 37/D 38 Weil-Leopoldsdorfer- und Mannheim-Berlin geben die Stationen nähere Auskunft.

### Zu den Vorgängen in Mannheim.

Mannheim, 23. Juni. Die neueren Feststellungen über die Plünderungen am Samstag lassen erkennen, daß die Vorgänge viel ernsteren Charakter trugen, als man anfänglich annahm und weit mehr Opfer forderten, als zuerst festgestellt werden konnten. Es sind nämlich insgesamt 18 Personen getötet und 37 schwer verletzt worden. Unter den Toten befinden sich zwei 14- und 15-jährige Burschen, ein 22-jähriger Schlosser, ein 44-jähriger Magazinarbeiter, ein 50-jähriger Kaufmann, ein 30-jähriger Tagelöhner, eine 19-jährige Kontoristin, ein 37-jähriger Tagelöhner und einige andere, deren Name und Beruf noch nicht genau feststeht. Die meisten der Verwunden sind bei den Plünderungen und bei den Vorgängen am Schloß, aus dem man die Waffen rauben wollte, getötet oder verletzt worden. Weiterhin wird berichtet, daß es den Aufständischen gelang, in eine Polizeiwache einzudringen und sie vollständig auszulündern; Waffen und Munition wurden mitgenommen. Auch die Plünderungen in einer Reihe vornehmer Villen der Oststadt vollzogen sich nach partakistischem Vorbild. Die Villenbewohner wurden von den Räubern durch vorgehaltene Waffen gezwungen, ihre Lebensmittel heranzugehen. Damit begnügten sich aber die Plünderer nicht, sie nahmen noch Silbergerät und Fahrrad mit. Um eine Benachrichtigung der Polizei zu verhindern, hatten sie jeweils sofort die Telephonapparate zerstört.

Es sei hier ausdrücklich festzustellen, daß die ersten Verwunden, Schwerverwundenen, auf Seiten der Schutzleute und der Volkswache zu verzeichnen waren. Diese Feststellungen müssen gemacht werden, um den Gerüchten entgegenzutreten, als wäre von den Sicherheitsmannschaften zuerst angegriffen worden.

Mannheim, 23. Juni. Mannheim hatte heute abend mit dem Einrücken der Franzosen gerechnet. Kurz nach 5 Uhr fuhr ein Auto mit französischen Offizieren vor dem Rathaus vor. Diese hielten eine Besprechung mit dem Oberbürgermeister ab. Wie man hört, hatten die Offiziere dem Stadtoberhaupt mitgeteilt, daß sie den Auftrag hätten, Mannheim zu besetzen. Diese Besetzung dürfte aber nur provisorisch geschehen, bis die in Folge der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu erwartende Gegenorder eingetroffen sei. Es war ausbedungen worden, daß das hiesige Freiwilligen-Bataillon abziehen müsse, damit kein Zusammenstoß zwischen den Soldaten sich ereigne. Der Einmarsch der Franzosen ist aber nicht erfolgt. Das Freiwilligen-Bataillon, das die Stadt zum größten Teil verlassen hatte, wurde infolgedessen zurückberufen und belam auch gleich wieder "Ar beit", denn kurz nach 7 Uhr begann in der Schloßgasse von neuem eine heftige Schererei, die sich bis zum Rathaus fortsetzte. Die Soldaten säuberten die Straßen, wobei zwischen den Truppen und den Aufständischen lebhaft Schüsse gewechselt wurden. Die Schererei hat wieder 2 Todesopfer unter den Zivilisten gefordert.

Die Regierung erläßt folgenden Aufruf: In einem von den Mannheimer Kommunisten verbreiteten Flugblatt wird u. a. gesagt, daß die badiische Regierung durch Vorkriegsmaßnahmen die Lebensmittelverhältnisse verschlechtert habe; sie beabsichtige damit, einen Vorwand zum bewaffneten Einschreiten zu liefern, denn sie wolle Arbeiterblut fließen lassen. Eine solche Behauptung ist natürlich unrichtig und unberechtigt jeder Grundlage. Die Regierung erblickt ihre gegenwärtige Aufgabe darin, die Ordnung und Ruhe in Mannheim und im ganzen Lande aufrecht zu erhalten. Sie will selbstverständlich nicht provozieren und in keiner Weise Konflikte mit der Arbeitererschaft heraufbeschwören. Aber sie muß verheerendsten Geistes, welches rauben und plündern will, mit den Nachmitteln entgegenzutreten, die ihr zu Gebote stehen. Das und nichts anderes ist in Mannheim geschehen. Alle Maßnahmen der Regierung dienen nur dazu, der Bürgererschaft die Sicherheit gegen etwaige neue Plünderungsversuche zu verschaffen.

Andererseits wird natürlich auch dem wucherischen Treiben der Obsterzeuger und Obsthändler mit dem nötigen Nachdruck entgegengetreten werden.

### An die deutsche Reichsregierung!

Unter dieser Überschrift wird zurzeit ein Subellblättchen verbreitet, das klein im Format, aber desto wichtigerischer in seinem Inhalt ist. Herausgegeben ist das Blättchen von der "Genie der Doleg", einer Korona, die vor der Revolution bei der Firma "Alldeutsch" beschäftigt war und sich jetzt nicht traut, unter der alten Flagge ans Tageslicht zu gehen. Dieses Flugblättchen, das auf den ersten Blick echt alldutsche Aufmachung verrät, wendet sich zunächst gegen den Friedensentwurf. Dann wird aufgefordert, die

"Reichsregierung mit der Waffe in der Hand abzuwehren! Deshalb brauchen wir eine Heeresmacht am Rhein. Der Feind fürchtet die Schrecken eines Krieges. Wird die deutsche Reichsregierung alle Vaterlandsgetreuen aufrufen, wieder zu den Waffen zu greifen und die deutsche Wildheit entflammen? Nach diesem "wilden" Ergüsse kommt noch ein Loblied auf den Antisemitismus und mit Pathos wird schließlich in die Welt trompetet, daß "was auf Ehrlosigkeit und Feigheit, Lüge und Geldgier gebaut ist, zusammenstürzt." Wozu wir bemerken, daß wir mit letzterem Erguß vollständig einig gehen und dabei noch meinen, daß, was auf Ehrlosigkeit und Feigheit, Lüge und Geldgier gebaut ist, nicht mehr zusammenstürzen braucht, sondern es am 9. November bereits elendiglich zusammengebrochen ist. Als eine übermütige Frechheit müssen wir es aber bezeichnen, wenn von diesen Hazardeuren das deutsche Volk zu einem Waffengang aufgerufen wird, der für jeden geistig normalen Menschen nur als ein Verbrechen am eigenen Volke bezeichnet werden muß. Wenn es heute dazu käme, die deutsche Wildheit zu entflammen so wären die Angehörigen dieser Gesellschaft die ersten, bei denen sich die "deutsche Wildheit" zu einer Trübsalergöttergötter vermindeln würde. Zur Bekämpfung unserer Ansicht sei ein Fall aus Heidelberg angeführt, wo der Privatdozent A. Kunge, der sicher Mitglied der "Genie der Doleg" ist, am schwarzen Brett der dortigen Universität anschlagen ließ, daß er — infolge der gefährlichen Lage seine Vorlesungen einstellen werde.

So sind die "Gelben" von jeher gewesen. Was sie aber nicht abläßt, sich als Führer des deutschen Volkes aufzuspielen. Wir rufen ihnen aber zu: Genug von euch! Deutschland ist kein Irrenhaus!

### Gewerkschaftliches.

Beendigung des Führerstreits in Mannheim. Der Zustand der Führer ist nach zweitägiger Dauer durch den Schlichtungsausschuß beendet worden. Den Führern wurde eine mündliche Zusage von 33 M. bewilligt, ihre Forderung betrug 17 M. mündliche Feuerungszulage.



Aus der Stadt.

Karlsruhe, 24. Juni.

In eigener Sache.

Von Gen. Architekt Sievogt erhalten wir folgende Zuschrift:

Sehr geehrte Herr! Die Schrift des Herrn Oberbürgermeisters...

Die Folge dieses mit durch den Protz der Herren Sievogt u. Gen. bestimmten Verhältnisses war dann allerdings...

Diese merkwürdige Behauptung zwingt mich zu einer Nachprüfung.

Nachdem ich als Mitglied der Baukommission und in privaten Gesprächen mit dem Herrn Oberbürgermeister ausgiebige Gelegenheit gehabt hatte...

Ich bin mir bewußt, jeweils so gehandelt zu haben, wie ich es für meine Pflicht anah - unter vollständiger Auserkennung...

Wer aber seine Qualifikation für leitende Posten in der Gemeinde zeigen will...

Meine dem Gemeinwesen, dessen Leiter diesen obersten Satz nicht kennt...

Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins...

Unterhöre Preise für Äpfel und Heidelbeeren...

Es gibt immer noch Leute, die vom Ernst der Zeit nichts wissen wollen...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Wer ist schuld? Bezüglich der Urkunden auf dem Lebensmittelmärkte...

Letzte Nachrichten.

Neue Zusammenstöße in Mannheim.

Mannheim, 24. Juni. (Telephonische Meldung.)

Gestern Abend kam es zu weiteren Zusammenstößen zwischen Militärpatrouillen und Plünderern...

Die Unterwerfung.

Berlin, 23. Juni. (Telephonische Meldung.)

Die Unterwerfung. Gestern Abend kam es zu weiteren Zusammenstößen...

Die Plünderungen in Berlin.

Berlin, 23. Juni, 9 Uhr abends.

Die Plünderungen in Berlin. Gestern Abend kam es zu weiteren Zusammenstößen...

Zur Freisprechung Ledebours.

Berlin, 23. Juni.

Zur Freisprechung Ledebours. Gestern Abend kam es zu weiteren Zusammenstößen...

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hermann Winter...

Neu eingetroffen! KAU-TABAK Zigarren-Geschäft Stözinger

Email-Geschirre werden dauerhaft repariert

A. Müllhager Poststraße 8

Häuser mit und ohne Gefache

Tuch-Abfälle, Pumpen, Flaschen

Generstein, Waldbornstraße 37

Volksbuchhandlung Karlsruhe Sozialdemokratie und Religion

Leder für Pumpen, Drüsen

Uchtung! Cigarettenmacher

Reisehandtaschen Sporttaschen

Bettmöbel, Bettwäsche

Druckmaschinen, Druckereiverfahren

Schlafzimmer, Küchen-Einrichtung

Stadtsbuch-Ausgabe der Stadt Karlsruhe

Generstein, Waldbornstraße 37

Druckmaschinen, Druckereiverfahren

Stadtsbuch-Ausgabe der Stadt Karlsruhe

### Soziald. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 25. d. M., abends 7 Uhr, im Saal III der Brauerei Schrempf

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Deutschen Parteitag.  
Redner: A. Abele, Parteisekretär.
  2. Bericht über die Friedensverhandlungen in der Nationalversammlung.  
Redner: Arbeitsminister Rückert.
- Hierzu laden wir unsere Mitglieder mit dem Ersuchen, zahlreich zu erscheinen, höflich ein.  
Die Bezirksversammlungen sollen aus Mitgliedsbücher mitzubringen.

4451 Der Vorstand.

### Aktions-Ausschuß Karlsruhe.

Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Saal der Gewerkschafts-Zentrale, Kaiserstr. 18-15

### Vortrag Die Dreigliederung.

Redner:

Herr Lehrer Hans Schwedes aus Bensheim (Hessen).  
Freie Aussprache.  
Arbeiter erscheint in Massen zu dieser Veranstaltung.  
4430 Der Aktions-Ausschuß.

### Landes-Verband aktiver Unteroffiziere.

Ortsgruppe Karlsruhe.

Morgen Mittwoch, den 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Alten Brauerei Kammerer, Ede Waldhorn- und Kaiserstraße, eine

### Voll-Versammlung

der Vereinigung aktiver Unteroffiziere, Ortsgruppe Karlsruhe, statt.  
4435  
Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.  
Der Vorstand.

### Verband der Maler, Lackierer und verw. Berufe

Sitz Hamburg.

Geschäftsstelle in Karlsruhe: Leisingstr. 39, 1. St.  
Geschäftsstunden: Dienstag, Mittwoch und Freitag, abends von 5 bis 8 Uhr.  
1820

### Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter.  
Dienstag (Johannistag), den 24. Juni 1919, abends 7 1/2 - 11 Uhr.

### Volksmüliche Musik-Vufführungen

des Orchester-Vereins, Karlsruhe. 4440  
Leitung: Herr Kapellmeister Karl Kröhnke.  
Antrittspreis wie bekannt, zusätzlich 5 Pf. Lustbarkeitssteuer.

### Badisches Landestheater.

Dienstag, den 24. Juni 1919. 4444  
Montagsmiete Nr. 36.

### Cavalleria rusticana (Sizilianische Bauernoper).

Melodrama in einem Akt nach dem gleichnamigen Volksstück des G. Verga von Targioni-Tozzetti und G. Menasci. Musik von Pietro Mascagni.  
Der Bajazzo.  
Drama in zwei Akten und einem Prolog. Dichtung und Musik von R. Leoncavallo. Deutsch von L. Hartmann.  
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

### Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 24. Juni 1919. 4446

### Wo die Lerche singt...

Operette in drei Akten von Dr. Willner u. H. Reichert. Musik von Franz Lehár.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.

### Das Post-Konservatorium

befindet sich vom 26. Juni ab 4425  
Adlerstrasse 33  
zwischen Lidellplatz und Kriegerstrasse.

### Arbeitsvermittlung betr.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (M.G.W. S. 1201) und der mit dem Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung erteilten Ermächtigung verordne ich im Anschluß an die Verordnung des Herrn Staatskommissars für wirtschaftliche Demobilisierung vom 22. Januar 1919 (Bad. Ges. u. V.D.M. S. 25), die Arbeitsvermittlung betr., mit Geltung für die Amtsbezirke Achern, Baden, Bretten, Bruchsal, Bühl, Durlach, Ettlingen, Karlsruhe und Rastatt, was folgt:

§ 1.  
Die Besetzung aller offenen Stellen in gewerblichen Betrieben für Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, sowie kaufmännisches und technisches Büro- und Betriebspersonal darf nur durch Vermittelung der nach § 1 der Verordnung des Staatskommissars für wirtschaftliche Demobilisierung vom 22. Januar 1919 zugelassenen öffentlichen und nichtöffentlichen, nichtgewerbetreibenden Arbeitsnachweise erfolgen. Mit Ausnahme der im § 2 bezeichneten Fälle ist demnach jede unmittelbare Einstellung von Arbeitskräften unter Umgehung der zugelassenen öffentlichen und nichtöffentlichen, nichtgewerbetreibenden Arbeitsnachweise verboten, soweit nicht aus § 1 der Verordnung vom 4. Januar 1919, Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung betreffend (M.G.W. S. 8), den §§ 2, 11 und 12 der Verordnung vom 24. Januar 1919, die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung betr. (M.G.W. S. 100) und aus der Verordnung vom 9. Januar 1919, die Beschäftigung Schwerbeschädigter betr. (M.G.W. S. 28) etwas anderes sich ergibt.

§ 2.  
Arbeitgeber, die zur Wiederaufnahme und Umstellung ihres Betriebes solche Arbeitskräfte, welche vor Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 bei ihnen in Beschäftigung gestanden haben, benötigen, sind zu deren Wiedereinstellung ohne Anspruchnahme der in § 1 erwähnten Arbeitsnachweise berechtigt, müssen jedoch die im § 2 der Verordnung des Herrn Staatskommissars für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 22. Januar 1919 bezeichneten Meldung der offenen Stellen bei einem der in § 1 aufgeführten Arbeitsnachweise erhalten, unter Angabe von Name und Wohnort der zur Besetzung dieser offenen Stellen eingestellten Arbeitskräfte.

Weitere Ausnahmen können, sofern durch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes bedingte dringende Gründe hierfür nachgewiesen werden, durch den Leiter des zuständigen, d. h. von den betreffenden Arbeitgebern in der Regel benutzten öffentlichen Arbeitsnachweises genehmigt werden.

§ 3.  
Die nach § 1 zugelassenen Arbeitsnachweise haben bei der Arbeitsvermittlung, wenn nicht besondere Gründe für eine Abweichung vorliegen, die gemeldeten Arbeitsuchenden in folgender Reihenfolge zu berücksichtigen:

1. zurückgekehrte Kriegsteilnehmer, welche unmittelbar aus dem Wehrdienst oder einer Arbeitsstelle entlassen sind, zu welcher sie kommandiert waren,
  - a) verheiratete,
  - b) ledige,
2. verheiratete Männer,
3. verheiratete Frauen, soweit sie für einen Familienunterhalt sorgen müssen,
4. ledige Männer,
5. ledige Frauen, mit Unterhaltsverpflichtungen.

Arbeitsuchende aus der näheren Umgebung der Städte Karlsruhe, Durlach, Ettlingen und Rastatt, soweit sie bisher in der Industrie dieser Städte beschäftigt waren, werden mit den ortsanfässigen Arbeitsuchenden in der Weise vermittelt, daß auf je drei Ortsanfässige jeweils ein Arbeitsuchender aus der Umgebung kommt. Den Arbeitsuchenden steht es frei, für einzelne unmittelbar vor der Stadt gelegene Orte mit überwiegender Industriebevölkerung eine ihren Arbeitslosen günstigere Verhältniszahl als 1:3 festzusetzen.

Andere als die in Absatz 2 genannten auswärtigen Arbeitskräfte dürfen nur vermittelt werden, soweit ein Angebot von ortsanfässigen Arbeitskräften nicht vorliegt.

§ 4.  
Arbeitgeber, die Stellen der in § 1 genannten Art zu besetzen haben, dürfen die Stellen in den Tageszeitungen am Betriebsort erst ausgeschrieben wenn sie die Stellen zuvor oder spätestens gleichzeitig beim Arbeitsamt angemeldet haben.

Die Zeitungsinhaber dürfen Stellen-Ausschreibungen in ihre Zeitungen nur aufnehmen, wenn der austragende Arbeitgeber eine Bescheinigung des Arbeitsamtes zuvor oder spätestens gleichzeitig beim Arbeitsamt gemeldet hat.

§ 5.  
Die Krankenkassen sind verpflichtet, den Arbeitsämtern zum Zwecke der Durchführung dieser Verordnung die Einsicht in die Ar. und Abmeldebücher, -Listen oder Bücher zu gestatten.

§ 6.  
Wer den Vorschriften dieser Verordnung vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark bestraft. (§ 6 der Verordnung des Bundesrats vom 7. November 1918.)

§ 7.  
Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.  
Karlsruhe, den 16. Juni 1919.  
Der Landeskommissar als Demobilisationskommissar  
11 a d. O. 3. 198

### Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Zgb. Nr. 10 402; 20 a 41 qm Baugelände an der Lützen-Mied- und Pfauenstraße.  
Schätzung: 17 500 M.  
Versteigerungstag: Donnerstag, 21. August 1919, vormittags 9 Uhr im Notariatsgebäude Adolfsstraße 3.  
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat, Karlsruhe, den 18. Juni 1919. 4438  
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

### Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

### Zur Lebensmittelverteilung.

Am Mittwoch, den 25. Juni 1919, findet laut besonderer Bekanntmachung eine Fettverteilung durch die Metzgereien statt.

Da über die, für die Versorgungsperiode 113/114 gültigen Lebensmittelmarken schon vollständig verfügt ist, muß in der Bekanntmachung der Wochenverteilung folgende Änderung eintreten:

Auf Sondermarke C 114 wird abgegeben: 100 gr geschälte Bohnen und 100 gr Sago.

Auf die dadurch freierwerdende Sondermarke B 114 gelangt das oben erwähnte Fett zur Ausgabe. 4441

Karlsruhe, den 23. Juni 1919.  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

### Fett-Verteilung.

Am Mittwoch, den 25. Juni 1919 in der Zeit von 7 bis 12 Uhr vormittags und 2-5 Uhr nachmittags

findet eine Speisefett-Verteilung durch die Metzgerei- und Wurstereigeschäfte statt.  
Kostmenge 1/2 Pfund zum Preise von M. 7.10 für das Pfund.

Die Ausgabe des Fettes erfolgt gegen Vorzeigung der Speisefettkarte und Abgabe der Sondermarke B Nr. 114 in demjenigen Metzgerei- oder Wurstereigeschäfte, in welchem die betr. Haushaltung zum Speisefett eingetragene ist.

Die Verteilung hat nach der auf der Speisefettkarte angegebenen Personenzahl zu erfolgen. Anhalten werden nur für die namentlich angemeldeten Personen besorgt.

Militär-Selbstversorger und Rentnerlaifer werden durch die Metzgerei Föhler, Speisefett Karte, hier, Hebelstraße 19, und zwar auf besondere Kartarten besorgt; diese besonderen Kartarten werden an der zuständigen Lebensmittelmarken-Ausgabestelle ausgeteilt.

Die Metzgereigeschäfte haben die eingekommenen Sondermarken B 114 zu 100 gebündelt bis spätestens Freitag, den 27. Juni, bei der Markenüberechnung abzuliefern. 4442  
Karlsruhe, den 23. Juni 1919.  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**ALA** Chemfabrik & Frankfurter  
bester Schuh-Putz  
Zentralbüro: Döckheimer-Ldstr. 19  
Tel. Iannus 1761/62, Hansa 7978.

**Steigerwald's Kunsmoßanfang**  
„Im Konserveglas“  
bereiten. In Packungen für 50, 100 und 150 Liter Getränk mit oder ohne Sähhalt ist er überall zu haben. 4445  
Auf Wunsch weisen Bezugsquellen nach:  
S. Steigerwald & Comp., Heilbronn a. N.

### Ich warne Gebisse

alle und gerbrochene

nicht wegzuerwerfen, da dieselben zu noch nie dagewesenen Preisen angekauft werden. Zahle pro Gebiß bis zu 150.— M., per Zahn bis M. 3.—. Nur diesen Mittwoch den 25. und Donnerstag den 26. Juni im Hotel Prinz Max, Adlerstraße 37. Zimmer 11 ang geschrieben. 4437

**App's Mastersatz**  
mit Eihstoff gibt ein köstliches, beliebiges Haus- und Volksgetränk. Wegen seiner Wohlgeschmack und seinem angenehmen virelenden Geschmack der beste **Apfelmoff.**  
Eine Flasche für 100 Liter M. 1.—  
Erhältlich in Kolonial- und Drogeriegeschäften. Wo keine Niederlage, erteilt Auskunft die 4460  
Nahrungsmittelfabrik A. Sapp, Zell-Harmerbach, Baden

### zum Neubau von Kleinwohnungen hinter der Zulla-Schule sind

### Blecherarbeiten

zu vergeben. Vorzuziehen können beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrichstr. Nr. 8 (Eingang Jähringerstraße), Zimmer Nr. 170, abgeholt werden. Dasselbst sind auch die Angebote bis

Mittwoch, den 2. Juli 1919, vormittags 10 Uhr, einzureichen. 4436  
Karlsruhe, 21. Juni 1919  
Städt. Hochbauamt.

### Auskunft unsonst bei Schwerhörigkeit

Chroaeräusch, nerv. Ohrschmerzen. Günst. An-erkennung. Prof. Hedika 43  
München S. W. 7. 4438

### Kluge Handwerker

bereiten sich vor für den neuen gewerblichen Aufschwung, erhöhen jetzt ihre Kenntnisse und Fertigkeiten und sichern sich damit eine gute Existenz oder glänzende Stellung. Verlangen Sie von mir sofort umsonst einen illust. Katalog über anorakant gute, erprobte u. lehrreiche Fachbücher, die Sie in Ihrem Bereich fördern u. d. vorwärtsbringen. Für Meister, Lehrling u. Geselle. **Berul angeben.** Carl Herm. Ludwig, Breslau 23/487.

### Gleichenleiden

donnernde Vereitigung durch deutliche Reizsp. Prof. grat. Sanis Verlag München 26 C. 1100

### Männer u. Frauen!

Prospekt und Broschüre über bahnbrechende hygienische Neuheit verleiht verlässlichen u. kostenlos Reparat. Versand Stuttgart 7. 4439

### Bett-nässen

bei Kindern u. Erwachsenen empfehle mein ausprobiertes „Circus“-Patet 5,50 M. drei Patete (meist ausreichend) 15 M. Silberbrand, Verbandsamt 203, Berlin Nr. 4, Invalidenstr. 8. 4440

### Kat u. Hilfe!

Gesuche werden bestens angefertigt. Kaiserstr. 157 IV.

### Reine Störungen

an elektr. Klingel und Türöffner etc.  
Reine Elemente mehr notwendig, daher große Erparnisse! 4237  
Fachmännische Auskunft erhalten Sie bei

### Gebrüder Voh,

Elektrische Kanische Anstalt  
Leffmannstr. 33. Tel. 1294.

### Kaffee-Klingen

(Billet), werden haarlos geschliffen, Std. 15 Pf. 4307  
Kaiserstr. 34, Baden.

### Stärke-Wäsche

besorgt in normaler Lieferzeit

### Dampfwalchanstalt Schorpp

Annahme-Stellen in allen Stadtteilen. 8907